

Hannover, den 28.03.2018

Gülleflut in Niedersachsen stoppen! Verbände fordern Masterplan für sauberes Grundwasser, Flüsse und die Nordsee

Anlässlich der Herausgabe des aktuellen Nährstoffberichtes des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums fordern BUND, NABU und Greenpeace gemeinsam von der Landesregierung ein effektives Maßnahmenpaket zur Reduzierung der Nährstoffüberschüsse und einen Masterplan zur Beendigung der Gülleflut in der Weser-Ems Region.

Nach wie vor sind nur zwei Prozent aller Fließgewässer in Niedersachsen in einem guten Zustand. 98 Prozent erfüllen diesen europäischen Qualitätsstandard nicht. Die Landwirtschaft ist für die Nährstoffüberschüsse der Hauptverursacher. Die Nährstoffbelastung landet zum Teil in der Nordsee und schädigt die Küstengewässer und die empfindlichen Ökosysteme des Wattenmeeres. Zugleich ist auf 60 Prozent der Landesflächen das Grundwasser mit Nitrat über den Grenzwerten belastet und gefährdet die Trinkwasserversorgung. Zudem werden in Niedersachsen jährlich 160.000 Tonnen umwelt- und gesundheitsschädlicher Ammoniak-Stickstoff aus der Tierhaltung in die Luft ausgestoßen.

Der aktuelle Bericht des Landes zeichnet eine drastische Situation, insbesondere im Weser-Ems Gebiet. Dort produzieren die viel zu hohen Tierbestände plus Biogasanlagen riesige Nährstoffüberschüsse, die weder vor Ort noch in der gesamten Region sinnvoll eingesetzt werden können. Laut Nährstoffbericht 2016/2017 besteht nach wie vor ein Nährstoffüberschuss von ca. 70.000 Tonnen Stickstoff in Niedersachsen. Im Berichtszeitraum von Mitte 2016 bis Mitte 2017 mussten über drei Millionen Tonnen Gärreste, Gülle und Hühnertrockenkot allein aus der Region Weser-Ems weg transportiert werden, weil Fläche für die halbwegs umweltverträgliche Ausbringung fehlt. Das entspricht mehr als 115.000 LKW-Ladungen. Legt man die Vorgaben der neuen Düngeverordnung zu Grunde werden in sieben Landkreisen die maximalen Phosphatvorgaben der Düngeverordnung überschritten. Allein dadurch ergibt sich ein externer Flächenbedarf von mindestens 114.000 Hektar. Da die Böden in der Weser-Ems Region zum Großteil bereits überversorgt sind, dürfte der zusätzliche Bedarf an externer Fläche zur Ausbringung der Nährstoffe noch weitaus höher liegen. Die Transporte werden mit der Umsetzung der neuen Düngeverordnung noch um ca. 50 Prozent auf 165.000 LKWs steigen, wenn keine grundlegende Änderung vorgenommen wird.

„Der Umfang der Tierhaltung muss wieder an die vor Ort zur Verfügung stehende landwirtschaftliche Fläche angepasst werden“, fordern die Verbände. „Weder Güllebörsen, noch LKW- und Schiffstransporte und erst Recht keine riesigen auf eine Millionen Mast Schweine ausgelegten Gülle-Vollaufbereitungsanlagen, wie sie jetzt im Landkreis Cloppenburg geplant werden, sind eine sinnvolle Lösung. Solche großtechnischen Maßnahmen kosten viel Geld, belasten die Umwelt, benötigen riesige Mengen an Energie, vergrößern das Verkehrsaufkommen und machen die Landwirte ein weiteres Mal von industriellen Strukturen abhängig. Sie verschlechtern zudem das Image der Landwirtschaft und zementieren die Intensivtierhaltung für kommende Jahrzehnte.“

Die Verbände fordern die Landesregierung stattdessen auf, den Tierschutzplan, der in den beiden vergangenen Legislaturperioden in Niedersachsen entwickelt wurde, umzusetzen und die Ställe tiergerechter zu machen, Tierbestände gezielt abzustocken und den Tieren mehr Platz zur Verfügung zu stellen.

„Um den Nährstoffüberschuss einzudämmen, müssen die zuständigen Landesbehörden wissen, in welchen Betrieben zu viel Gülle und andere Wirtschaftsdünger anfallen. Mit der Novelle des Düngerechts hat Niedersachsen jetzt die Chance, eine risikoorientierte düngerechtliche Kontrolle aufzubauen und sich die Daten der Landwirte regelmäßig melden zu lassen. Das entlastet auch landwirtschaftliche Betriebe, bei denen Tierhaltung und Flächenausstattung ausgewogen ist. Effektivere gezieltere Kontrollen helfen Gewässer, Artenvielfalt und Klima besser vor den schädlichen Einträgen aus der Landwirtschaft zu schützen“, so die Sprecher der Verbände.

Kontakt:

Martin Hofstetter, Political Advisor Landwirtschaft Greenpeace, martin.hofstetter@greenpeace.org,
0171 870 66 45

Tilman Uhlenhaut, stellv. Geschäftsführer und Agrarreferent, BUND Niedersachsen e.V.,
tilman.uhlenhaut@nds.bund.net, 01577 44 99 120

Dr. Holger Buschmann, Landesvorsitzender, NABU Niedersachsen e.V., holger.buschmann@nabu-niedersachsen.de

V.i.S.d.P.: Tilman Uhlenhaut, BUND Niedersachsen e.V.